

Neue BUND-Studie zu Pestizidalternativen:

Potenziale des Integrierten Pflanzenschutzes in Bayern kaum genutzt

BN fordert verpflichtende Anwendung des integrierten Pflanzenschutzes vor dem Griff zur Giftspritze. Ökolandwirtschaft zeigt wie es gehen kann. Eine neue Studie des BUND hat die vorhandenen Alternativen zu chemisch synthetischen Pestiziden zusammengetragen.

Die Verkaufsmengen für chemisch-synthetische Pestizide in der Landwirtschaft stagnieren mit knapp 28.000 Tonnen Wirkstoffmenge in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau. Verbindliche Reduktionsziele existieren bisher nur auf dem Papier. Der BN bemängelt, dass das Bekenntnis der Staatsregierung und von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zu einer Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2028 bislang weder eine verbindliche rechtliche Grundlage, noch Sanktionsmechanismen hat. Zudem gibt es gar keine echten Daten, wie viele Pestizide auf Bayerns Felder überhaupt versprüht werden.

„Konkrete Fortschritte müssen jedoch bilanziert werden können“, so **Martin Geilhufe**, BN Landesbeauftragter, „denn der Schutz von Gesundheit, biologischer Vielfalt und der Umwelt vor den Risiken der Pestizidanwendung betrifft uns alle. Der schrittweise Pestizidausstieg muss Richtschnur der Agrar- und Naturschutzpolitik der Staatsregierung werden“, so Geilhufe.

Eine neue Studie des BUND belegt, dass es bereits sehr viele Möglichkeiten gibt, biologisch abbaubare statt chemisch synthetischer Pflanzenschutzmittel einzusetzen und dass mit vorbeugenden Anbaumaßnahmen, wie sie der integrierte Pflanzenschutz vorschreibt, das Auftreten von Pflanzenschutzproblemen reduziert werden kann. „Es müssen jetzt endlich die vorhandenen Alternativen zum Chemieeinsatz besser beraten und dann auch umgesetzt werden,“ fordert **Marion Ruppner**, BN Agrarreferentin. Doch nicht nur bei der Lebensmittel- und Futterproduktion, auch in Kommunen, in Kleingartenanlagen, auf Friedhöfen und in privaten Gärten müssen

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, München

23.11. 2022

PM 097-22 LFG

Landwirtschaft

endlich weniger schädliche Pflanzenbehandlungsmittel zum Einsatz kommen oder ganz verboten werden.

Ein Verordnungsentwurf der EU Kommission geht dabei in die richtige Richtung. Damit soll das Ziel, den Pestizideinsatz bis 2030 europaweit zu halbieren, gesetzlich verankert werden.

Die dort vorgeschlagenen Dokumentations- und Meldepflichten sind eine zentrale Voraussetzung, um Fortschritte bei der Reduktion des Pestizideinsatzes realistisch messen zu können.

Mehr Informationen:

Link zur Studie:

<https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/alternativen-zu-chemisch-synthetischen-pestiziden-in-der-landwirtschaft/>
auch unter www.bund.net/pestizidalternativen

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin

Tel.: 0911 81 87 8 -20; Mobil: 0160 76 14 336

E-Mail: marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, München

23.11. 2022

PM 097-22 LFG

Landwirtschaft